

Vorläufig aufgenommene AusländerInnen

mn. Manchmal frage ich mich schon, wieviel Luft in den Köpfen von PolitikerInnen, EntscheidungsträgerInnen und Meinungsmachenden ist.

Ein aktueller Satz übler Luft: Im Kanton Zürich wollten Politiker die Sozialhilfeleistungen für *vorläufig aufgenommene AusländerInnen* um rund 20 Prozent senken. Statt Sozialhilfe nach SKOS-Richtlinien sollte künftig nur noch Fürsorge ausgerichtet werden.

Dies beantragte die kantonsrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit. Propagiert wurde, dass die Unterstützung nach den SKOS-Richtlinien „falsche Anreize“ setze und geringe Aussicht auf Ablösung von der Sozialhilfe bestünden.

Wenn ich solches höre, dann frage ich mich, ob diese Damen/Herren wirklich wissen, wie diese von ihnen drangsalierten, runtergesparten Menschen leben müssen. Ich bin überzeugt, sie wissen es nicht. Sie haben nie mit einem Menschen geredet, der jahrzehntelang mit Ausweis F hier überleben muss. Sie waren nie in diesen meist heruntergekommenen, tristen Wohnungen und Zimmern.

Ich finde es mehr als nur eine krasse Frechheit, wenn Menschen, die sehr viel mehr als nur das Existenzminimum zum Leben haben, anderen die Fränkli neiden und wegsparen wollen.

Ein Nationalrat verdient mindestens 133'000 Franken im Jahr, die er versteuern muss - sicher genauso viele Franken betragen die steuerfreien Entschädigungen.

Ein *vorläufig aufgenommener Ausländer* bekommt gemäss SKOS, jährlich 11'832 Franken, die er versteuern muss. Das sind im Monat knapp 1000 Franken. Ein Politiker lebt komfortabel mit mindestens 11'000 pro Monat.

Der F-Ausweis

Viele unserer VerkäuferInnen sind solche *vorläufig aufgenommene Ausländer*. Sie haben den F-Ausweis. Dies bedeutet, dass sie jedes Jahr ihr Bleiberecht erneuern müssen.

Jedes Jahr muss der Arbeitgeber einen neuen Antrag auf Arbeitsbewilligung stellen. Das kostet den Arbeitgeber pro Person und Jahr mindestens 200 Franken an Gebühren. Der administrative Aufwand kommt noch dazu. Einige dieser Menschen arbeiten bei uns im Strassenverkauf. Geflohen sind sie aus Somalia.

Vorläufig aufgenommene AusländerInnen leben meist in überbezahlten, oft schimmlichen Bruchbuden mit katastrophalen sanitären Anlagen. Einige dieser Häuser gehören wohlhabenden Schweizern, von denen einige vermutlich auch in der Politik mitmischen und gegen armutsbetroffene Menschen hetzen. Da sich unter diesen Umständen der Familiennachzug nicht umsetzen lässt, versuchen sie von hier aus mit dem wenigen Geld ihre Angehörigen zu unterstützen. Familie gilt in den meisten Kulturen als das höchste Gut.

Der Wert der Familie

Hierzulande gilt Familie nichts, ausser es nützt der Karriere, der Wert- und Machtvermehrung und -erhaltung. Familien existieren in den Wahlslogans, den Heile-Welt-Medien und auf dem Papier. Natürlich gibt es Ausnahmen, doch die Tendenz geht hin zur Vereinzelung, zur internen Kommunikation via mobiler Geräte. Die Freizeit findet nicht gemeinsam sondern einsam vor Bildschirmen statt. Schlagworte? Ja, aber auch Realität. Wir sind bereits soweit, dass wir Roboter entwickeln, die dereinst unsere Angehörigen pflegen werden. Eine Entmenschlichung wird bei

uns auf allen Ebenen angestrebt. Nicht so in Afrika.

Ich kann nur über diejenigen Menschen sprechen, die ich persönlich kennen gelernt habe. Das sind vorwiegend *vorläufig aufgenommene AusländerInnen* aus Ostafrika, aus Somalia, Eritrea, Äthiopien (wobei letztere inzwischen alle ausgeschafft wurden). Wer in der Schweiz gestrandet ist, versucht Vater, Mutter, Ehepartner, Kinder, aber auch Onkel, Tanten, Nichten und weitere Verwandte im fernen Kontinent zu unterstützen.

Vergegenwärtigen wir uns mal die Situation in Somalia. Wieder einmal ist die Kolonisation an der aktuellen Situation schuld. Die Gier von Italien und Grossbritannien. Das heutige Somalia entstand 1960 aus den Kolonialgebieten Britisch- und Italienisch-Somaliland.





Flüchtlingskinder im Lager Kakuma, Kenia, 2012.
Foto: Malini Morzaria

Rückblick

Im Wikipedia steht: *Die ältesten bekannten Spuren von Menschen im heutigen Somalia wurden in Buur Heybe in Südsomalia gefunden. Es handelt sich um Skelette, die mit der Radiokohlenstoffdatierung auf bis zu 6'000 v. Chr. datiert wurden. Höhlenmalereien in Laas Geel bei Hargeysa stammen aus der Zeit von 4'000 bis 3'000 v. Christus.*

Die Vorfahren der Somali wanderten um 500 v. Chr. bis 100 n. Chr. aus dem südlichen äthiopischen Hochland ein und vermischten sich - insbesondere in den Handelsstädten an der Küste, wie Zeila, Hobyo und Mogadischu - mit arabischen und persischen Einwanderern, welche ab dem 7. Jahrhundert auch den Islam einführten. Es entstanden muslimische Sultanate und Stadtstaaten.

Im 16. Jahrhundert gerieten die Städte an der Nordküste unter türkische bzw. ägyptische Herrschaft, jene an der südlichen Benaadirküste kamen im 17. Jahrhundert unter die Oberhoheit Omans bzw. im 19. Jahrhundert Sansibars.

Ende des 19. Jahrhunderts wurde der Norden des heutigen Somalia von Grossbritannien als Britisch-Somaliland, der Süden und Osten als Italienisch-Somaliland von Italien kolonialisiert.

Die Krux der Unabhängigkeit

Am 1. Juli 1960 wurden die beiden Kolonien gemeinsam als Somalia unabhängig. Erster Präsident des Landes wurde Aden Abdullah Osman Daar, ihm folgte 1967 Abdirashid Ali Shermarke, der 1969 ermordet wurde.

Mit einem Militärputsch übernahm Siad Barre die Macht. Er verordnete den Sozialismus und paktierte mit der Sowjetunion und kokettierte mit China. Das brachte ihm Geld und Waffen ein. Nach einem verlorenen Krieg gegen Äthiopien und Differenzen mit seinen Ost-Partnern, begann sich Siad Barre ab 1977 an den USA zu orientieren. Der Westen war glücklich und überhäufte ihn und seinen Clan mit Entwicklungshilfegeldern und Waffen. Innenpolitisch verstärkte er die Repression gegen die anderen Clans und gegen die Bevölkerung. 1991 wurde er gestürzt. Es folgte General Farah Aidid. Auch er aus dem Clan der Hawiye - aber einem anderen Zweig. Auch er griff nach der Macht, auch er wurde bekämpft. Denn gleichzeitig hatte sich Ali Mahdi Mohammed zum Präsidenten von Somalia gekürt. Um eine lange und komplizierte Geschichte abzukürzen: Seither herrscht Krieg in Somalia. Jede Region hat ihren eigenen Chef. Es herrscht ein unheimliches Wirrwarr. Einerseits soll ein ei-

gener Staat das Ziel sein, aber damit sind nicht alle Regionen einverstanden. Keine will Macht abgeben. Bestimmend sind fünf Clans, die sich die Butter auf dem Brot nicht gönnen. Diese wiederum sind verzweigt in weitere Familien, die nicht zwingend mit dem Oberhaupt solidarisch sein müssen.

Somaliland

Einzig Somaliland, die im Norden gelegene Region, hätte die Voraussetzung für eine faire Nation. Im ehemaligen britischen Kolonialbereich leben über 3 Millionen Somalis, mehrheitlich aus dem Clan der Isaaq, ohne einander umzubringen. Sie haben es geschafft sich soweit als möglich aus den Clankriegen heraus zu ziehen und ein vordergründig friedliches Zusammenleben sunnitischer Ausrichtung aufzubauen. Ein Problem zeichnet sich hier ab. Somaliland wird nicht als eigenständiger Staat akzeptiert. Es gilt als somalisches Territorium. Das sieht Somaliland aber ganz anders. Dies erleben Somalis die aus den anderen kriegsgebeutelten Regionen fliehen. Sie werden als Ausländer eingestuft und auch so behandelt. Somaliland ist keine Demokratie. Menschenrechtsverletzungen, Todesstrafe, Zensur und Geheimpolizei geben den Tarif durch. Kritik



Der Markt in Dadab, 2015
Foto: Ally Krupar

an der Regierung wird nicht geduldet. Die soziale Kontrolle ist extrem stark. Jeder weiss über jeden Bescheid. Alles was anders ist, hat keinen Platz in Somaliland. Dafür brummt die Wirtschaft.

Ein gemeinsamer Staat

Puntland, Galmudug und Jubaland (Azania) wären einem gemeinsamen Staat nicht abgeneigt, aber die Zustände sind verworren. Seit 1991 wurde auf somalischem Gebiet (ohne Somaliland) viel gerungen, noch mehr getötet und zerstört, bis sich 2012 die meisten Beteiligten zu einer Zusammenarbeit, zum Aufbau staatlicher Strukturen durchringen konnten. Es wurde eine gemeinsame somalische Regierung gewählt und die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen intensiviert.

Was so positiv tönt, ist in der Realität aber die reinste Hölle. Seit 1991, dem Sturz von Siad Barre, haben die wenigsten eine Schule besucht. Die EinwohnerInnen mussten sich selber helfen. Somalia wurde zur Brutstätte von Mördern, Vergewaltigern und Geschäftemachern. An den Stränden wurde illegaler Sondermüll aus Europa entsorgt.

Der Universitätsdekan und Bürgerrechtsaktivist Hassan Sheikh Mohamud aus dem Hawiye-Clan wurde 2012 legal und überraschend

zum neuen Präsidenten Somalias gewählt. Er hatte sich immer für Versöhnung und Aufbau engagiert und die unabhängige Partei für Frieden und Entwicklung gegründet. Seither sind mehrere Anschläge auf sein Leben verübt worden. Auch machen Gerüchte die Runde. Es wird von Raffgier und dem Sichern von Pfründen gesprochen. Sein Gesinnungswandel zeigt sich auch an seinem Paktieren mit den Wahhabiten. Es flossen 50 Millionen Dollar aus Saudiarabien, kaum hatte sich Präsident Hassan Sheikh Mohamud vom Iran distanziert. Genauso schlimm sind radikale Gruppierungen, vor allem islamistischer Gesinnung. Derzeit ist haben die Al-Shabaab die Oberhand. Ihnen gegenüber stehen seit zehn Jahren ungefähr 22'000 Soldaten der AMISOM.

African Union Mission - AMISOM

Die AMISOM ist eine Friedenstruppe die in Bürgerkriegsgebieten eingesetzt wird. Sie wird aus verschiedenen Ländern Afrikas rekrutiert. Meist Männer, die mit Krieg, Tod, Unterdrückung und Macht vertraut sind. Finanziert werden die Ausbildung und die Einsätze von den USA, den Briten und der EU. Es fließen Milliarden und das meiste versickert. Kolportiert wird, dass Korruption, Misswirtschaft und Disziplinlosigkeit dominieren.

Angeblich sind hohe Militärs bestechlich, lassen Gelder verschwinden, paktieren mit dem Feind. Soldaten erhalten über Monate hinweg keinen Sold. Das zwingt sie sich Geld und Lebensmittel anderswo zu beschaffen. Die AMISOM hat den Auftrag die somalische Übergangsregierung gegen Angriffe der militant-islamistischen *Union Islamischer Gerichte* (Vorläufer der Al-Shabaab) zu verteidigen und der lokalen Bevölkerung helfen. Doch in vielen Fällen ist die AMISOM hilflos. Denn ihnen gegenüber stehen nicht nur Warlords und Clanchefs, ihr härtester Gegner sind die Milizen der Al-Shabaab (Einführung der Scharia, etc.). Das sind junge Männer, die radikalisiert und fanatisch alles bekämpfen und töten. Vor allem wenn es christlich oder demokratisch angehaucht scheint. Die AMISOM markiert nur noch Präsenz in Mogadischu vor dem Flughafen, dem Seehafen und dem Präsidentensitz. Also das Bewahren einer Sicherheitszone für Privilegierte. Fatal, dass die von von der AMISOM gut ausgebildeten Rekruten meist zum Feind überlaufen. Statt also durch die Ausbildung von Rekruten die nationalen Sicherheitskräfte zu stärken und die Führung zu übernehmen, wird indirekt dem Feind in die Hände gearbeitet. Auch die Waffen und die Logistik der AMISOM sind nicht wirklich befriedigend.



Major General Nakibus Lakara, derzeitiger AMISOM-Kommandant, besichtigt im Juni 2016 Waffen, die der Al-Shabaab-Miliz abgenommen wurden. Während dieses Gefechts in der Region Hiran seien 140 Al-Shabaab-Kämpfer getötet worden.
Foto: Ilyas Ahmed, AMISOM

Politische Lösung

Die Präsidentschaftswahl im September 2016 hätte ein Zeichen setzen sollen. Darauf haben die UNO und weitere Organisationen hingearbeitet. Der 2012 gewählte Präsident Hassan Sheikh Mohamud sollte abgelöst werden. Doch Bomben, Attentate und Feuergefechte verunmöglichten diesen wichtigen Schritt. Es sind politische und wirtschaftliche Interessen der Clans und weiterer Akteure die eine gemeinsame Zukunft verhindern. Es geht aber auch um Besitz, um Territorien, um Ansprüche. Der nächste Wahltermin ist auf Ende November angesetzt.

Derzeit sind die meisten ländlichen Regionen (Juba, Bay, Shabelle und Bakool) durch die Al-Shabaab besetzt. Viele (auch Exil-Somali) würden gerne diese radikalen Fundamentalisten an der Regierungsbildung beteiligen. In der Hoffnung, dass dadurch ein Frieden, ein Aufbau möglich sei.

Auch die Exil-Somalierin Fadumo Dayib, die 2016 kandidiert, möchte mit den Milizen gemeinsam regieren. Denn sie zu bekämpfen habe bisher nichts genutzt, moniert sie. Dem ist entgegen zu halten, dass mit ihnen zu verhandeln, eine gemeinsame Ebene zu finden ebenfalls nie funktioniert hat. Nebenbei: Wer für die somalischen Wahlen kandidiert muss zuerst mal 20'000 Dollar auf den Tisch legen.

Der Sicherheitsrat hat Somalia verpflichtet bis 2020 Wahlen abzuhalten und mindestens 30 % der Regierungssitze an Frauen zu vergeben. In der Schweiz ist der Frauenanteil 2016 im Nationalrat 32.5 % und im Ständerat 15.2%

Die Vereinten Nationen (UN) unterstützen Somalia mit 200 Experten im Rahmen der UN-Friedensmission UNSOM (United Nations Assistance Mission in Somalia). Das Ziel dieser humanitären Intervention ist, die Lieferung von Nahrungsmittelhilfe an die von Bürgerkrieg und Hungersnot Betroffenen zu sichern. Zudem sollen sie die Regierung und örtliche Behörden beraten und die Menschenrechtslage im Auge behalten. Die Leitung hat der UNSOM-Leiter und Sonderbeauftragte Nicholas Kay. Das Mandat ist bis März 2017 begrenzt.

Flucht

Inzwischen kennt jeder das 1991 gegründete riesige Flüchtlingslager Dadaab in Kenia. Dort leben mindestens 300'000 somalische Flüchtlinge. Die Zahlen sind geschätzt, denn niemand hat mehr den Überblick. Was Rückzug für kurze Zeit sein sollte, ist zu einen jahrzehntelangen Dauerzustand gewachsen. Viele Kinder und Jugendliche sind im Lager geboren und aufgewachsen. Sie kennen nichts anderes. Von unseren Verkäufern weiss ich, dass Jugendliche von der kenianischen Polizei aufgegriffen und erst durch Zahlung von ca. 1'000 Dollar wieder frei gelassen werden. Dies geschah im Laufe der letzten Jahre dreimal bei minderjährigen Söhnen unserer Verkäufer. In dieser Zeit bereitete sich jedesmal panische Hektik aus, denn das Geld musste möglichst schnell irgendwie aufgetrieben werden.

Dadaab ist eine Stadt, ein Moloch mit eigenen Gesetzen geworden. Es gibt Schulen, Läden, einen Markt, medizinische Betreu-

ung. Der Handel floriert. Die Sicherheitskräfte haben längst den Überblick und somit den Einfluss verloren. In Kenia gibt es weitere solcher Lager. In Kakuma sollen mindestens 50'000 Somali leben. Mittlerweile bereits die dritte Generation.

Kenia hat inzwischen die Schnauze voll. Man will die Lager auflösen und die Somalis nach Hause oder wohin auch immer schicken. Das hat mit Geld zu tun. Diese Lager werden finanziell durch die UNO getragen. Doch die Finanzen fließen nicht wie sie sollten. Die Geberländer sprechen zwar immer grosszügig Gelder, wenn es aber ums Bezahlen geht, wird gezeigt.

Diese Lager sind auch eine Brutstätte für Kriminelle und Radikale, wobei das meist Hand in Hand geht. Nur wer sich unterordnet kann überleben. Keine Frau, kein Kind ist vor sexuellen Übergriffen sicher. Milizen holen sich hier Kinder und Jugendliche und richten sie für dem Kampf ab. Gemäss den Vereinten Nationen wurden 2014 mindestens 800 Mädchen und Knaben zum Dasein eines Kindersoldaten gezwungen.

Das Uno-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) hat 2016 einen Sonderbeauftragten für somalische Flüchtlinge gewählt. Der kenianische Diplomat Mohamed Abdi Affey soll es richten. Die Ausgangslage ist „schitter“. Über eine Million Somalis sind vor der Gewalt in ihrem Heimatland geflohen. Die Mehrheit sitzt in Lagern fest. Kenia will, dass jeder Flüchtling registriert und ins Heimatland abgeschoben wird. Angeblich würde dies zusätzliche 115 Millionen Dollar kosten. Aber damit nicht genug, denn Kenia fordert weitere Millionen,

um diejenigen, die nicht zurückgeschickt werden können, zu beherbergen. Es braucht Logistik, Wasser, Lebensmittel, Kleidung, Zelte und vieles mehr.

Nicht nur in Kenia brodelt es. Im Jemen tobt ein Krieg, im Sudan, in Eritrea, Äthiopien, Libyen ist die Lage alles andere als stabil. Immer mehr Flüchtlinge aus den umliegenden Kriegsschauplätzen drängen nach Kenia. Wer ernährt und beherbergt diese Menschen?

Chaos am Horn von Afrika

Die Lage in und um Somalia ist verworren. Positiv sind auf jeden Fall sämtliche Bemühungen die Regionen zu einen und wieder aufzubauen. Nur, das geht allerhöchstens millimeterweise vor sich. Nicht alle Exil-Somalis sind arm und ungebildet. Einige haben im Ausland erfolgreich studiert, haben sich Existenzen aufgebaut. Im Norden, in der seit 25 Jahren autonomen Region Somaliland, gedeiht die Wirtschaft und blüht das Bauwesen. Hier wird viel Geld reingesteckt. Hier regiert nur ein Clan, der Clan Isaaq. Hier werden keine Terroristen geduldet. Das heisst



aber auch strenge soziale Kontrolle, rigide Gesetze. Es funktioniert.

Leider sind alle anderen Regionen zurück ins Mittelalter gebombt worden. Die Felder konnten nicht bestellt werden. Es existiert praktisch keine Infrastruktur. Täglich bringen sich Menschen gegenseitig um. Hungersnöte bedrohen die Bevölkerung. Im Oktober 2015 waren mehr als 3,2 Mio. Menschen auf Lebensmittelhilfe angewiesen, mehr als 855'000 Menschen hatten nicht genug zu essen. Dorthin kann niemand zurück geschickt werden. Seit Jahrzehnten nicht und vermutlich noch weitere Jahrzehnte nicht.

Unglaublich, trotzdem wahr

Doch das kümmert PolitikerInnen reicher Länder wenig. Es wird Druck auf somalische Flüchtlinge aufgebaut. Gemäss Amnesty International sind besonders Saudi-Arabien, Schweden, die Niederlande, Norwegen, Grossbritannien und Dänemark aktiv, um diese Langzeitflüchtlinge loszuwerden. Weitere Staaten werden folgen. Ein Argument ist, dass sich die Sicherheitslage in Somalia verbessert habe!

Die Situation in Zürich

Kürzlich forderten PolitikerInnen, man solle

vorläufig aufgenommenen AusländerInnen die Sozialhilfe um 20 Prozent senken. Sie sollten statt Sozialhilfe nur noch Fürsorge erhalten. Also pro Person noch 800 Franken oder weniger zum Leben zugestehen.

Was soll das? Wird dadurch irgendetwas an der desolaten Situation von Flüchtlingen geändert? Es bleibt weiterhin mühsam für Menschen mit F-Ausweis, vorläufig Aufgenommenen Ausländern, eine Arbeit zu finden. Zu diesen Menschen gehören unsere somalischen VerkäuferInnen.

Sie lernen trotzdem nicht mühseliger deutsch lesen, schreiben und reden - geschweige denn Schweizerdeutsch. Wie sollen sie aus der Sozialhilfe rauskommen, wenn sie nicht längerfristig persönlich, konkret und sinnvoll unterstützt und begleitet werden? Zum Beispiel indem die Sprachkurse intensiver und effizienter werden. Indem sie eine Ausbildung machen dürfen, indem ihnen der Zugang zu allen Berufen und Schulen ermöglicht wird.

In einigen Gemeinden wird diese persönliche Betreuung praktiziert, erfolgreich, wie ich finde. Nicht nur werden Feindbilder, die Angst vor dem Unbekannten abgebaut. Es wird gegenseitig das Verständnis für die andere Kultur gefördert.

Aus dem Alltag

Willkürliche Beispiele aus dem Alltag unserer somalischen VerkäuferInnen. Ein Verkäufer bezahlte aus der eigenen Tasche mühsamst zusammengesparte 1'000 Franken für einen intensiven Deutschkurs, der etwa einen Mo-

nat dauert. Dies, damit er den Führerschein machen kann. Dadurch hofft er eine Arbeit oder zumindest eine Anlehre als Lagerist zu finden. Ein anderer Verkäufer musste für einen Antrag seine besuchten Deutschkurse belegen. Diese wurden ihm vor einigen Jahren durch die Asylorganisation zugewiesen und bezahlt. Drei Kurse hat er besucht, doch diese Abschlüsse wurden vom Amt nicht akzeptiert, sein Antrag deswegen abgelehnt. Es wird über Kopftücher und Burkas geschimpft, Gesetze dagegen sollen geschaffen werden, aber vorläufig aufgenommene AusländerInnen werden zuwenig dabei unterstützt unsere Sprache zu lernen, unsere Gesellschaft kennen zu lernen und unsere Möglichkeiten zur Entfaltung zu nutzen. Wie sollen sie so aus der Wohnung kommen, etwas lernen, selbstständig werden?

Eine unserer Verkäuferinnen getraute sich nicht ihr Deutsch anzuwenden. Sie fragte immer ihren Mann. Er hat mit sehr viel Willen und Eigeninitiative versucht unsere Sprache zu lernen. In seiner Heimat hat der religiöse Mann in der Krankenpflege gearbeitet, sein älterer Sohn studiert in einem afrikanischen Land Medizin, die jüngere Tochter lebt hier, besucht die Schule und genießt den Schwimmunterricht. Nun, diese Mutter war nett, aber stumm. Während Wochen konnte ich mich nicht direkt mit ihr unterhalten, nur über ihren Mann. Dann habe ich sie den Sommer über nicht mehr gesehen, denn ich war hospitalisiert. Im Herbst habe ich unsere VerkäuferInnen besucht, um zu fragen, wie es geht. Ich staunte, als diese Frau fast wie ein Wasserfall über ihre Erlebnisse, die Hochs und Tiefs der letzten Monate erzählte. Sicher, es brauchte viel Konzentration, um wirklich alles zu verstehen. Doch die Quintessenz war, dass zwei ältere Damen, die bei ihr das TAXI kaufen, unabhängig voneinander begannen sich für diese in Tücher eingewickelte Frau zu interessieren. Was zuerst mit einem Grüezi begann, mündete in Gespräche. Unsere Verkäuferin lernte zuzuhören, Worte zu suchen, sie zuzuordnen, Sätze zu bilden. Sie freute sich auf diese Begegnungen, auf den Austausch freundlicher Worte, Berichte über die Gesundheit. Es brauchte einige Monate und aus der stummen Ausländerin wurde eine mitteilende Frau.

Ich weiss über diese beiden Damen nur - ausser das sie unser Magazin kaufen - dass die eine gesundheitliche Probleme hat und ebenfalls mindestens eine Knieoperation hinter sich hat. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön. Durch dieses freundliche Aufeinander zugehen, hat unsere Verkäuferin Vertrauen in sich selber gewonnen.

Quellen: wikipedia, Amnesty International, diverse Publikationen der UNO, AMISOM, Zentrale für politische Bildung, NZZ.

Inserat

Antifa-Taschenkalender
2017

25 Jahre Antifa-Kalender
240 Seiten, 7 €, ISBN 978-3-89771-717-6
www.unrast-verlag.de